

Strategische Autonomie für ein soziales und souveränes Europa

Bericht zum hybriden Workshop am 19. Oktober 2021



Foto: Mark Bollhorst

Die Debatte über eine strategische Autonomie für ein soziales und souveränes Europa betrifft verschiedene politische Handlungsfelder, nicht nur in der Außen- und Sicherheitspolitik, sondern auch in der Handels- und Industriepolitik, in der Gesundheits- und Sozialpolitik und weiteren. Die COVID-19-Pandemie legte die Abhängigkeit Europas von internationalen Lieferketten, die globale Vernetzung der Wirtschaft und die eingeschränkte Handlungsautonomie der Mitgliedsstaaten offen. Die Volkswirtschaften aller Länder sind in globale Wertschöpfungsketten und Liefernetzwerke eingebunden, die eine autonome Produktion z.B. von Medikamenten erschweren. Oligopolistische digitale Infrastrukturdienste und Plattformen übernehmen eine systemische Rolle anstelle demokratisch legitimierter Regierungen. Dem grenzüberschreitenden Handel stehen nur schwache oder gar keine globalen Regulierungsmechanismen gegenüber. Dem muss ein neues europäisches Souveränitätsmodell entgegengesetzt werden, das strategische Infrastruktur und insbesondere die industriellen Beziehungen und das europäische Sozialmodell schützen. Für die Gewerkschaften ist dies die größte Herausforderung.

Um die verschiedenen Diskussionsstränge innerhalb der europäischen Gewerkschaftsbewegung zusammenzuführen und auf ein gemeinsames Verständnis und gemeinsame politische Forderungen hinarbeiten, hatten DGB und FES Gewerkschafter_innen und Expert_innen aus allen EU-Mitgliedsstaaten zu einem Workshop nach Berlin eingeladen. Aufgrund der anhaltenden COVID-19 Restriktionen konnte nicht alle Teilnehmer_innen kommen und der Workshop wurde hybrid, d.h. sowohl mit Präsenz im Konferenzsaal der FES als auch mit digitaler Teilnahme durchgeführt. Es war das vierte Forum der jährlichen Reihe „Soziales Europa“ von DGB und FES.

Andreas Botsch vom DBG betonte in seiner Einführung die Zentralität des Themas, die nicht nur für den DGB eine sei, sondern auch für ganz Deutschland, Europa und alle Gewerkschaften. Die Europäische Einigung sei eine soziale Frage, so Botsch, und die Herausforderungen unsere Zeit, wie etwa der Klimawandel, die Gestaltung einer sozialen EU oder die Rivalitäten der Wirtschaftsmächte, könnten nur durch gemeinsames Handeln in wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereichen gemeistert werden.



Foto: Mark Bollhorst

Souveränität: Begriffsverständnis in den EU-Mitgliedstaaten

Zum Einstieg in die Debatte präsentierte **Ralf Hexel**, Leiter des Projekts „Souveränes Europa“ der FES, die Ergebnisse einer Umfrage zum Verständnis und zur Wahrnehmung der Europäischen Souveränität



Foto: Mark Bollhorst

in acht EU-Mitgliedsstaaten. In der Studie wurden 8.000 Europäer_innen zum Thema europäische Souveränität befragt. Das wichtigste Ergebnis ist, dass **Europäer_innen eine Stärkung der europäischen Souveränität befürworten** und dass europäische und nationale Souveränität nicht im Widerspruch stehen, sondern Hand in Hand gehen. Darüber hinaus ergab die Umfrage, dass Europa nur begrenzt als souverän angesehen wird. Weitere Erkenntnisse waren, dass die Konzepte der nationalen Souveränität, der europäischen Souveränität und der strategischen Autonomie in den Ländern unterschiedlich verstanden werden und dass das Konzept

der Souveränität verschieden definiert und bewertet wird. So kann der Begriff auch nicht einer spezifischen politischen Orientierung zugeordnet werden. Wirtschaft, Sicherheit und Gesundheit stellten für die Befragten die drei wesentlichsten Faktoren für Europäische Souveränität dar. In den Themen Terrorismus, Klima und Gesundheit sahen sie zudem die wichtigsten Gründe für die Stärkung der Europäischen Souveränität. Als letzte Erkenntnis wurden die Hindernisse für mehr europäischer Souveränität präsentiert: Nationalismus, ausländische Länder, die kein Interesse an einem starken Europa haben, und schwache EU-Institutionen.

Ralf Hexel ging beispielhaft auf einzelne Schlussfolgerungen ein: Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen nationaler und europäischer Souveränität sei eine „**Mehr-Europa**“-Mentalität nicht die Lösung. Vielmehr brauche es eine Neubestimmung zwischen der EU und ihren Institutionen und den nationalen Demokratien. Dies erfordere eine Reform der Kompetenzordnung der EU. Dabei sollte das Prinzip gelten: **Nationale Souveränität, wo es möglich ist, um Bürgernähe zu garantieren, und europäische Souveränität dort, wo nationales Handeln nicht reicht**, wie etwa im Bereich Terrorismus.

Frankreich

Im Anschluss daran wurden die Perspektiven von drei Mitgliedsstaaten vorgestellt. **Yvan Ricordeau** vom französischen Gewerkschaftsbund **CFTD** schaltete sich per Zoom dazu. Die **Strategische Autonomie der EU** ist aus seiner Sicht auch in Frankreich ein wichtiges Thema, weshalb deren Stärkung eine **Priorität der französischen Ratspräsidentschaft** im kommenden Jahr sein werde. Am Beispiel der verzögerten Versorgung von Masken zu Beginn der Pandemie zeigte er die Abhängigkeit der EU und der Mitgliedstaaten von der Weltwirtschaft auf. Weder die Mitgliedsstaaten alleine noch die EU waren in der Lage, das Problem kurzfristig zu bewältigen. Dies zeige, wie verwundbar wir auf wirtschaftlicher, sozialer und gesundheitlicher Ebene seien, so Yvan Ricordeau. In Bezug auf die strategischen Wege der CFTD betonte er, dass es nicht so sehr eine Frage der Begriffe sei, sondern es vielmehr um strategische Entscheidungen gehen müsse. Die EU solle ihre Wirtschafts- und Handelspolitik als Hebel nutzen, um ihre Strategische Autonomie voranzubringen.



Foto: Mark Bollhorst



Foto: Mark Bollhorst

Niederlande

Petra Bolster-Damen von der niederländischen Gewerkschaftsföderation **FNV** betonte, dass die Corona-Pandemie die gegenseitigen Abhängigkeiten innerhalb der EU deutlich gemacht habe, weshalb die Entwicklung der Strategischen Autonomie der EU als Chance zur Förderung der europäischen Industrie gesehen werden sollte, um europäischen Unternehmen zu helfen, wettbewerbsfähig zu sein. Daran anknüpfend präsentierte sie verschiedene Politikbereiche, die weiterentwickelt werden müssten, um die Interessen der Arbeitnehmer_innen zu stärken und ein nachhaltiges Wachstum zu gewährleisten. Beispielsweise brauche es **einen fairen Binnenmarkt**. Damit alle vom Binnenmarkt profitieren können, benötige es klare Regeln. Darüber hinaus müsse man die Abhängigkeit der EU von Rohstoffen und Energie verringern. Im Bereich nachhaltige Handelspolitik solle zudem der Fokus auf qualitative hochwertige Arbeitsplätze, gleiche Wettbewerbsbedingungen und die Einhaltung der Sorgfaltspflichten liegen. Sie betonte auch die Bedeutung der digitalen und wirtschaftlichen Autonomie für ein widerstandsfähiges Europa.

Polen und Ungarn

Anstelle von Josef Stredula vom tschechisch Gewerkschaftsbund CMKOS, präsentierte **Susanne Wixforth** vom **DGB** die polnische und ungarische Sichtweise auf die Thematik. So verwies sie auf das unterschiedliche Verständnis von europäischer Souveränität innerhalb der nationalen Bevölkerungen und machte deutlich, dass hier eine Trennung zwischen Land und Stadt sowie zwischen Jung und Alt zu beobachten sei. Am Beispiel Polens skizzierte sie, dass vor allem die polnische Jugend pro-europäisch eingestellt ist. Wichtig sei laut Wixforth, dass Polen und Ungarn weiterhin die Unterstützung von außen, d. h. von der EU und ihren Mitgliedsstaaten, erhielten, da die politischen Entwicklungen in diesen Ländern, wie zuletzt das EU-kritische Verfassungsurteil in Polen, nicht die Meinungen der gesamten Bevölkerung widerspiegeln würden. Die polnische und ungarische Zivilgesellschaft plädiert für eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und für und für die konsequente Verknüpfung der EU-Rechtsstaatlichkeitskriterien mit der Auszahlung von EU-Finanzmitteln. Wie Ralf Hexel betonte auch sie, dass die EU aufgrund zunehmender nationalistischer Bewegungen in einigen ihrer Mitgliedstaaten vor allem von innen heraus entwickelt werden müsse, da die größten Bedrohungen für den Zusammenhalt der Union in Europa selbst liegen würden.



Foto: Mark Bollhorst

Europäischer Gewerkschaftsbund

Ester Lynch vom Europäischen Gewerkschaftsbund **EGB** nannte zentrale Herausforderungen für ein soziales und souveränes Europa. Sie verwies auf die komplizierte Entscheidungsfindung innerhalb der EU. Für eine funktionierende Demokratie sei es zentral, dass auch EU-Bürger_innen in die Entscheidungsfindung mit einbezogen würden. Als weiteren Kritikpunkt nannte sie die Veto-Macht einiger Mitgliedsstaaten. Da laut EU-Recht zu bestimmten Themen Entscheidungen nur einstimmig getroffen werden müssen, würden manche Mitgliedsstaaten Gebrauch ihres indirekten Vetorechts machen, um bestimmte Entscheidungen in einem EU-Politikbereich aus strategischen Gründen zu blockieren, weil sie mit einer anderen EU-Politik unzufrieden seien. Sie forderte die Herstellung von Transparenz bei den Sitzungen des Europäischen Rates und der Ratsarbeitsgruppen. Statt sich auf Beratungsagenturen zu berufen,



Foto: Mark Bollhorst

sollten die Gewerkschaften und Sozialpartner regelmäßig in den Gesetzgebungsprozess der EU-Kommission beteiligt werden.

Spanien

Einen spanischen Blick auf das Thema lieferte **Jesus Gallego** von dem Gewerkschaftsdachverband **UGT**. Mit Blick auf die Umfrage zur Wahrnehmung der Europäischen Souveränität erklärte er, dass der Begriff der Souveränität geschichtlich bedingt eher dem rechten Spektrum Spaniens zugeordnet wird. Als Grund nannte er unter anderem die Diktatur unter Franco sowie der Unabhängigkeits- und Nationalismus-Gedanke in Katalonien. Anders stünde es um den Begriff „Strategische Autonomie“. Dieser sei eher mit der Linken und positiver konnotiert. In Bezug auf die Zukunft der EU, meinte Gallego, dass die Idee eines souveränen und strategisch autonomen Europas einen solidarischen Ansatz sowie eine Vision braucht, damit das europäische Modell weiter Bestand hat.



Foto: Mark Bollhorst

Dänemark



Foto: Mark Bollhorst

Peter Waldorff vom dänischen Gewerkschaftsbund **FH** lieferte die dänische Sichtweise. Er plädierte für ein Europa, das die eigenen Werte nicht nur innerhalb der eigenen Grenzen verteidigen, sondern dies auch auf der ganzen Welt tun sollte. Grundsätze der EU wie Rechtstaatlichkeit müssten nach außen getragen werden. Er knüpfte auch an vorherigen Gedanken anderer Teilnehmer_innen an, nämlich, dass es innerhalb der EU Ziel sein sollte, gemeinsame Lösungen zu den Herausforderungen wie Klimawandel und digitale Entwicklung zu finden.

Thesen zur Stärkung der Europäischen Union

Nach der Mittagspause konzentrierte sich die Diskussion auf die Stärkung der Macht des Staates zugunsten von Beschäftigten in bestimmten Sektoren. **Ronja Kempin**, Europa-Expertin der Stiftung Wissenschaft und Politik **SWP** stellte sie in ihrem Vortrag drei Thesen vor. Erstens: „Wenn die EU sozial und souverän gestaltet werden soll, dann ist es die Aufgabe der EU, ihre Institutionen zu stärken.“ Zweitens: „Wenn die EU sozial und souverän gestaltet werden soll, muss die institutionelle, politische und materielle Handlungsfähigkeit der EU geachtet und gestärkt werden.“ Andernfalls sei die Europäische Union nicht in der Lage eigenständig zu handeln. Drittens: „Wenn die EU sozial und souverän gestaltet werden soll, dann ist es Aufgabe der Mitgliedsstaaten solidarisch miteinander umzugehen und die EU als legitime Vertreterin ihrer Interessen zu sehen.“ Die EU, so Kempin, sei nicht in der Lage auf der internationalen Bühne gemeinsam zu handeln. Sie neige dazu, zu langsam und unentschlossen zu sein. Als Gründe dafür nannte sie die unterschiedlichen Interessen und Absichten sowie das Prinzip der konsensbasierten Entscheidungsfindung auf EU-Ebene.



Foto: Mark Bollhorst

Als Antwort auf diese Thesen präsentierte Kempin zwei Lösungen für die EU-Außen- und Sicherheitspolitik. Die erste Idee bestünde darin, die Entscheidungsprozesse innerhalb der EU weiterzuentwickeln. Konkret sprach Kempin von einem **inkrementellen Ansatz**, das heißt, dass themenspezifische Entscheidungen nur mit wenigen Mitgliedsstaaten getroffen würden. Dies würde einerseits einen flexibleren und schnelleren Entscheidungsprozess ermöglichen. Andererseits gäbe es immer "nur" Ad-hoc-Lösungen und eine unklare Lastenverteilung und geringe Vorhersehbarkeit. Die zweite Lösung sei ein **radikaler Systemumbau** der EU. Als Beispiel zog Kempin die Vorschläge für eine Europäische Ver-

teidigungsunion heran: Dort wird überlegt, den Europäischen Rat durch einen Europäischen Sicherheitsrat mit ständigen und nicht-ständigen Mitgliedern zu ergänzen. Dadurch würde eine differenzierte Entscheidungskraft ermöglicht, gleichzeitig aber mit dem grundlegenden Gleichheitsprinzip der EU gebrochen. Sie beendete ihren Vortrag mit dem Appell, dass sich die Debatte über die Strategische Autonomie der EU nicht nur auf den Binnenmarkt, sondern auch auf die Außen- und Sicherheitspolitik konzentrieren sollte.

Claes-Mikael Stahl vom **EGB** stieg mit dem Gedicht „No man is an island“ des britischen Poeten John



Foto: Mark Bollhorst

Donne in die Diskussion ein. Mit diesem wolle er zeigen, wie abhängig wir voneinander sind. Er betonte, dass die Pandemie uns gelehrt habe, dass die Abhängigkeit von anderen in entscheidenden Bereichen, wie Rohstoffen, Batteriezellen uvm., für die europäische Gesellschaft zu groß sei. Er führte weiter aus, dass es in allen kooperativen Strukturen, in diesem Fall der EU, notwendig ist, dem Gegenüber, hier den Mitgliedsstaaten, die Möglichkeit zu geben, ein gewisses Eigeninteresse zu verfolgen. Die Kunst bestehe jedoch darin, zu definieren, was ausreichender Spielraum für die

Verfolgung nationaler oder Eigeninteressen bedeutet. Er glaubt, dass dieses „**Konzept des ausreichenden Spielraums**“ für die Diskussion über Strategische Autonomie hilfreich sein kann.

Im Hinblick auf eine gemeinsame Handelspolitik plädierte Stahl für eine Bündelung aller Interessen, einschließlich derjenigen der Arbeitnehmer_innen und der Gewerkschaften. Er befürwortete auch, dass die Gewerkschaften einen Platz am Verhandlungstisch erhielten, um die aktuelle Handelsagenda zu unterstützen. Zum Abschluss seines Redebeitrages betonte er, dass die Arbeitsdimension untrennbar mit der Debatte über die Strategische Autonomie verbunden ist und dass es ein klares Verständnis der Arbeitnehmer_innenperspektive in dieser Debatte braucht.

Globale Dimension: Haftung für Lieferketten

Am Nachmittag folgte die letzte themenspezifische Diskussion zu der Frage: „Wie können Risiken und Abhängigkeiten in Lieferketten reduziert werden?“. **Isabelle Schömann** vom **EGB** fing mit der Frage an: Was bedeutet der Grundsatz „Arbeit ist kein Wirtschaftsgut?“. Er bedeutet: gute Arbeit, faire Löhne, Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer_innen. Aber in der wirtschaftlichen Realität sei Arbeit eben doch nur ein Wirtschaftsgut. Arbeit sei Teil der Lieferketten, Menschen würden ausgebeutet und die soziale Dimension würde untergraben. Die Umkehrung des Grundsatzes sei möglich, weil die Lieferketten nicht reguliert sind. Deshalb sei es unabdingbar, dass es Gesetze gibt, die nicht nur branchenspezifisch, sondern als Gesamtregularien ausgestaltet sind. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf, der bereits für den Frühsommer geplant war, werde die EU-Kommission hoffentlich noch in diesem Jahr vorlegen. Dieser Legislativvorschlag solle Sorgfaltspflichten zum Schutz von Menschenrechten und Umwelt in der Lieferkette enthalten. Unternehmen müssen auch zur Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichts verpflichtet werden. Nicht zuletzt sei es wichtig, dass Gewerkschaften in die Umsetzung der EU-Richtlinie zu Sorgfaltspflichten in den Lieferketten beteiligt würden. Abschließend unterstrich sie, dass Solidarität eine wichtige Dimension eines souveränen Europas sein muss.



Foto: Mark Bollhorst

Franz Zach vom **DGB** sprach ebenfalls über die Regulierung von Lieferketten. Er wies erneut darauf hin, dass die Pandemie uns gezeigt hat, wie schwierig und vernetzt unsere Lieferketten sind. Es sei daher wichtig, dass Menschenrechtsstandards in Form von Gesetzen in die Lieferkette integriert würden. In den Mitgliedsstaaten gebe es zum Teil bereits entsprechende Gesetze, auf EU-Ebene fehle es



Foto: Mark Bollhorst

aber noch an verbindlichen Regelungen, betonte Frank Zach schloss sich damit Isabell Schömann an, die ebenfalls die Verzögerung einer Gesetzesvorlage seitens der EU-Kommission kritisierte. Mehrere Diskussionsteilnehmer_innen unterstrichen, dass rechtlich verbindliche Vorschriften notwendig seien, da freiwillige Leitlinien wie die der OCED nicht ausreichten. Um zu verhindern, dass solche Rechtsvorschriften verwässert würden, sei ein starker Druck seitens der Gewerkschaften erforderlich.

Abschließend dankte die Moderatorin Susanne Wixforth allen Teilnehmer_innen und stellte eine Publikation zu den thematischen Inhalten des Workshops in Aussicht, die mit Unterstützung der FES erstellt werden soll.

